

Protokoll über die Sitzung des Gemeinderates

Im Jahre Zweitausendunddreißig, am ersten des Monats August mit Beginn um 19.00 Uhr (01.08.2023) wurden nach Erfüllung der gesetzlichen Formvorschriften die Mitglieder dieses Gemeinderates zu einer Sitzung einberufen.

Anwesend sind:

	entsch. abwesend	unentsch. abwesend	nimmt mittels Fernzugang teil		entsch. abwesend	unentsch. abwesend	nimmt mittels Fernzugang teil
Andreas SCHATZER				Walter KERER			
Dietmar PATTIS				Alessandro MANZARDO			
Manfred HEIDENBERGER				Felix OBEREGGER	X		
Anna KAINZWALDNER ÖTTL				Verena PALFRADER			
Margareth MAIR ENGL				Lukas ROSSMANN			X
Ivan MASCHI	X			Raphaela ROSSMANN			
Michael BRUGGER				Alexander TAUBER			
Johann FALLER	X			Peter TAUBER			
Florian JÖCHLER				Andreas ZINGERLE			

und im Beisein der Vizegemeindesekretärin **Dr. Karin OBERGASSER**.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Andreas Schatzer in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende Andreas Schatzer ernennt Verena Palfrader und Andreas Zingerle zu Stimmzählern der heutigen Sitzung, gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

1) Genehmigung des Protokolls der Ratssitzung vom 30. Mai 2023 (Beschluss Nr. 46)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (11 Anwesende – 11 Ja-Stimmen, Michael Brugger, Johann Faller, Florian Jöchler, Ivan Maschi, Felix Oberegger, Lukas Rossmann und Alexander Tauber abwesend), die Niederschrift über die vorausgegangene Sitzung des Gemeinderates vom 10. Mai 2023 zu genehmigen.

Lukas Rossmann schaltet sich mittels Fernzugang zu.

Florian Jöchler betritt den Sitzungssaal.

Michael Brugger betritt den Sitzungssaal.

2) Ratifizierung des Dringlichkeitsbeschlusses des Gemeindeausschusses vom 08.06.2023 betreffend die Abänderung des Haushaltsvoranschlages 2023 - 2025 (Beschluss Nr. 47)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Peter Tauber und Lukas Rossmann) bei 14 Anwesenden,

- 1) die mit Beschluss des Gemeindeausschusses vom 08.06.2023 genehmigte Änderung des Haushaltsvoranschlages 2023 - 2025 im Dringlichkeitswege zu ratifizieren.

3) Ratifizierung des Dringlichkeitsbeschlusses des Gemeindeausschusses vom 13.07.2023 betreffend die Abänderung des Haushaltsvoranschlages 2023 - 2025 (Beschluss Nr. 48)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Peter Tauber und Lukas Rossmann) bei 14 Anwesenden,

- 1) die mit Beschluss des Gemeindeausschusses vom 13.07.2023 genehmigte Änderung des Haushaltsvoranschlages 2023 - 2025 im Dringlichkeitswege zu ratifizieren.

Alexander Tauber betritt den Sitzungssaal.

4) Bilanzänderungen 2023 (Beschluss Nr. 49)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (Verena Palfrader, Lukas Rossmann und Peter Tauber) bei 15 Anwesenden,

- 1) die in den Anlagen angeführten Bilanzänderungen zu genehmigen;
- 2) festzuhalten, dass das Einheitliche Strategiedokument 2023 - 2025 durch gegenständliche Bilanzänderung als ergänzt gilt;
- 3) festzuhalten, dass dieser Beschluss dem Art. 193 Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 18.08.2000 Nr. 267 zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichtes Rechnung trägt;

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (Verena Palfrader, Lukas Rossmann und Peter Tauber) bei 15 Anwesenden,

- 4) den Beschluss für sofort vollziehbar zu erklären.

5) Sicherung der Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des GvD vom 18.08.2000, Nr. 267 (Beschluss Nr. 50)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (15 Anwesende – 15 Ja-Stimmen),

- 1) das Weiterbestehen der generellen Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 18.08.2000, Nr. 267 zu bestätigen;

- 2) festzuhalten, dass keine Fakten und Ereignisse für eine eventuelle Reduzierung der Einnahmerückstände bestehen, welche im Haushalt 2023 eingefügt worden sind, und welche im Zuge der Genehmigung der Abschlussrechnung 2022 festgestellt worden sind; unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Neufeststellung der Rückstände und der Rückstellungen des Verwaltungsüberschusses 2022 für den Fond für zweifelhafte Forderungen;
- 3) festgehalten, dass es keine außeretatmäßigen Verbindlichkeiten aus dem Finanzjahr 2022 und vorherige, sowie aus der Kompetenzgebarung 2023 anzuerkennen und zu finanzieren gibt;
- 4) festgehalten, dass es keine Ungleichgewichte des Haushaltes, sei es im Gesamtfinanzgleichgewicht sowie im Wirtschaftsgleichgewicht, vorhanden sind, wie aus beiliegender Tabelle, die integrierender Bestandteil dieses Beschlusses bildet, aufscheint;
- 5) darauf hinzuweisen, dass gegenständliche Maßnahme keine Ausgabenverpflichtung bedingt.

6) Gemeindeentwicklungsprogramm für Raum und Landschaft (GProRL) – Genehmigung der Vereinbarung für die zwischengemeindliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden Brixen, Natz-Schabs und Franzensfeste (Beschluss Nr. 51)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (15 Anwesende – 15 Ja-Stimmen),

- 1) die Prämissen zu genehmigen, welche wesentlichen und integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bilden;
- 2) die Anlage A mit dem Entwurf der Vereinbarung über die zwischengemeindliche Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung des Gemeindeentwicklungsprogramms für Raum und Landschaft zu genehmigen und den Bürgermeister zu ermächtigen, den beiliegenden Entwurf zu vervollständigen und die Vereinbarung zu unterzeichnen;
- 3) festzuhalten, dass diese Maßnahme keine Ausgabenverpflichtung beinhaltet;
- 4) darauf hinzuweisen, dass gegen diesen Beschluss während des Zeitraumes seiner Veröffentlichung von 10 Tagen beim Gemeindeausschuss Beschwerde erhoben werden kann. Innerhalb von 60 Tagen ab Vollziehbarkeit dieses Beschlusses kann beim Regionalen Verwaltungsgerichtshof für Trentino-Südtirol, Autonome Sektion Bozen Rekurs eingereicht werden.

7) Abänderung des Bauleitplanes der Gemeinde Vahrn: Verlegung des Gewerbegebietes D7 "De Nardo", Erweiterung der Wohnbauzone B3 - Auffüllzone bzw. des Mischgebietes "Gallonetto" und Ausweisung eines Gebietes für öffentliche Einrichtungen - Sportanlagen in Vahrn - Gemeindeausschussbeschluss Nr. 169 vom 27.04.2023 - Definitive Maßnahme (Beschluss Nr. 52)

Gemeinderat Peter Tauber verliert eine schriftliche Stellungnahme, die er zu Protokoll gibt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (15 Anwesende – 15 Ja-Stimmen),

- 1) den Tagesordnungspunkt „Abänderung des Bauleitplanes der Gemeinde Vahrn: Verlegung des Gewerbegebietes D7 "De Nardo", Erweiterung der Wohnbauzone B3 - Auffüllzone bzw. des Mischgebietes "Gallonetto" und Ausweisung eines Gebietes für öffentliche Einrichtungen - Sportanlagen in Vahrn - Gemeindeausschussbeschluss Nr. 169 vom 27.04.2023 - Definitive Maßnahme“ aus den in den Prämissen angeführten Gründen zu vertagen.

8) Abänderung des Bauleitplanes der Gemeinde Vahrn betreffend die Zone für öffentliche Einrichtungen - Verwaltung und öffentliche Dienstleistung „Voitsberg“ in Vahrn - Gemeindeausschussbeschluss Nr. 285 vom 29.06.2023 - Definitive Maßnahme (Beschluss Nr. 53)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Verena Palfrader und Peter Tauber) bei 15 Anwesenden,

- 1) die Abänderung des Bauleitplanes der Gemeinde Vahrn betreffend die Zone für öffentliche Einrichtungen - Verwaltung und öffentliche Dienstleistung „Voitsberg“ in Vahrn aufgrund der von Arch. Mair Wilhelm ausgearbeiteten Dokumentation in der im Sinne des Gutachtens der Gemeindekommission für Raum und Landschaft überarbeiteten Fassung, Prot. Nr. 0010974 vom 25.05.2023, welche wesentlichen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wie folgt zu genehmigen:
 - Artikel 44 der Durchführungsbestimmungen zum Bauleitplan der Gemeinde Vahrn wird zwecks Anpassung an die Begriffsbestimmungen laut Anhang A des Dekretes des Landeshauptmanns vom 26. Juni 2020, Nr. 24 (Verordnung zum Bauwesen) wie folgt ersetzt:

„Art. 44 Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung

1. Diese Zone umfasst jene Flächen, welche zur Deckung des Bedarfs an Bauten und Einrichtungen von allgemeinem Interesse bestimmt sind, einschließlich Gebäude für die öffentliche Verwaltung und öffentlichen Dienste, für den Kultus, für kulturelle und soziale Tätigkeiten und für Fürsorge- und Gesundheitsdienste sowie Erschließungsanlagen. Diese Bauten und Einrichtungen sind für den Bedarf auf Gemeindeebene bestimmt.

2. Es gilt folgende Bauvorschrift:

a) höchstzulässiger Gebietsbauindex: 2,50 m³/m².

3. Bis zur Erstellung des Durchführungsplanes gelten weiters folgende Bauvorschriften:

a) höchstzulässiger Überbauungsindex: 50 %

b) höchstzulässige mittlere Gebäudehöhe: 10,0 m,

c) Mindestgrenzabstand: 5 m,

d) Mindestgebäudeabstand: 10 m,

e) Versiegelungsindex: 75 %.

4. Für die besonders gekennzeichnete Zone Wasserkraftwerk Schalderer Bach in Schalders, Bereich Pranter-Brücke (Bp. 275 K.G. Schalders) gelten die Bestimmungen des Art. 16 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13.

- höchstzulässiger Gebietsbauindex: 3,0 m³/m²

5. Das Gebiet für öffentliche Einrichtungen „Wasseraufbereitungsanlage“ in Schalders, Bereich Pranter-Brücke (Gp. 2484/1 K.G. Schalders) ist für die Wasseraufbereitungsanlage zweckbestimmt und darf auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Gemeinde für die Energieproduktion verwendet werden.

Die Zone kann im Sinne des Landesraumordnungsgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, Art. 16 durch Privatinitiative verwirklicht und verwaltet werden.

6. In der Zone „ex Schalderer Bad“ ist außerdem die Errichtung von Anlagen für die Erholung (wie z.B. Bolzplatz, Eislaufplatz) erlaubt.

7. Das Wasserkraftwerk Schalders-Vahrn im Bereich „Brugger-Viertel“ auf der Gp. 345/2 der K.G. Vahrn, welches im Flächenwidmungsplan eigens gekennzeichnet ist, kann im Sinne des Landesraumordnungsgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, durch Privatinitiative verwirklicht und verwaltet werden.

- Höchstzulässige Baumasse: 250 m³

8. Für die Zone im Bereich des Widums in Vahrn kann die bestehende Baumasse für den Jugendraum bis höchstens 500 m³ erhöht werden.

9. Das Fernheizwerk südlich der Sportzone Vahrn kann im Sinne des Landesraumordnungsgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, durch Privatinitiative verwirklicht und verwaltet werden:

- höchstzulässige mittlere Gebäudehöhe: 15,0 m

- höchstzulässiger Gebietsbauindex: 3,5 m³/m²

10. Im Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung im Dorfzentrum von Schalders (Haus der Vereine) im Bereich der Gp. 2383/7, 2383/8, 2383/9 und 3361/1, K.G. Schalders, beträgt der höchstzulässiger Gebietsbauindex: 2,00 m³/m².

11. Für die Müllsammelstelle im Bereich des Felderhofes in Neustift sind die Kompatibilitätsmaßnahmen laut Gutachten des Büros Sulzenbacher vom Juli 2019 einzuhalten.

12. Für das Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung südlich der Sportzone Vahrn, ausgewiesen für die Erweiterung des Fernheizwerks mit Bau eines Geothermie-Werks und eines Recyclinghofes, gelten folgende Bauvorschriften:

a) höchstzulässiger Gebietsbauindex: 2,5 m³/m²;

b) höchstzulässiger Überbauungsindex: 70 %;

c) höchstzulässige mittlere Gebäudehöhe: 15,0 m;

d) Versiegelungsindex: 80 %.“

und mit folgendem Absatz ergänzt:

„13. Im Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung „Voitsberg“ im Dorfzentrum von Vahrn beträgt der höchstzulässige Gebietsbauindex: 3,50 m³/m².

Im Sinne von Artikel 32 Absatz 1 des Landesgesetzes vom 10.07.2018, Nr. 9 (Raum und Landschaft) können 20 Prozent der realisierbaren Baumasse für Einzelhandel, private Dienstleistungen oder gastgewerbliche Tätigkeiten verwendet werden.

Für das Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung „Voitsberg“ wird die Erstellung eines Durchführungsplanes vorgeschrieben.“;

- die Vorschrift zur Erstellung eines Durchführungsplanes für das Gebiet für öffentliche Einrichtungen, Öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistung „Voitsberg“ wird im Flächenwidmungsplan gekennzeichnet;

- 2) die akustische Klasse II zu bestätigen, da die urbanistische Zweckbestimmung nicht geändert wird;
- 3) festzuhalten, dass die gegenständliche Abänderung des Bauleitplanes nicht der strategischen Umweltprüfung (SUP) im Sinne des Landesgesetz vom 13.10.2017, Nr. 17 (Umweltprüfung für Pläne, Programme und Projekte) zu unterziehen ist, da sie nicht den Rahmen für die künftige Genehmigung von UVP-pflichtigen Projekten bildet, keine geschützten Objekte betroffen sind und durch die Umsetzung der Änderung nicht erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind;
- 4) diesen Beschluss einschließlich der entsprechenden technischen Unterlagen gemäß Artikel 60, Absatz 5 des Landesgesetzes vom 10.07.2018, Nr. 9 (Raum und Landschaft) im Südtiroler Bürgernetz zu veröffentlichen und festzuhalten, dass die Abänderung des Bauleitplanes am Tag nach seiner Veröffentlichung in Kraft tritt;
- 5) festzuhalten, dass der Gemeinde aus diesem Beschluss keine Ausgabe erwächst, die finanzieller Abdeckung bedarf.

9) Erweiterung des Fernwärmenetzes Vahrn-Neustift - Netzverdichtung 2023: Genehmigung des Ausführungsprojektes in verwaltungstechnischer Hinsicht CUP B93F23000010007 (Beschluss Nr. 54)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (15 Anwesende – 15 Ja-Stimmen),

- 1) das von Ing. Hermann Leitner vom Büro Bergmeister GmbH ausgearbeitete Ausführungsprojekt für den Erweiterung des Fernwärmenetzes Vahrn-Neustift – Netzverdichtung 2023 mit folgenden Endergebnissen in verwaltungstechnischer Hinsicht zu genehmigen:

Tiefbauarbeiten	63.048,79 Euro
Rohrbau	81.921,46 Euro
Lieferung Wärmeübergabestationen	46.473,87 Euro
Montage Wärmeübergabestationen	28.700,13 Euro
Elektroarbeiten Wärmeübergabestationen	8.620,23 Euro
für die Sicherheitsmaßnahmen	3.587,57 Euro
Gesamtbaukosten	232.352,05 Euro
MwSt.	23.235,21 Euro
<i>Summe</i>	<i>255.587,26 Euro</i>
technische Spesen inkl. Beiträge und MwSt.	22.677,56 Euro
GESAMT	278.264,81 Euro

- 2) der Gemeindesekretär, Alexander Braun, zeichnet als EPV für gegenständliches Projekt;
- 3) die Ausgabe mit Eigenmitteln, Landesbeiträgen und Anschlussgebühren zu finanzieren;
- 4) festzuhalten, dass die Verpflichtung der endgültigen Summe erst mit der Vergabe der Arbeiten mit getrennter Maßnahme durchgeführt wird;
- 5) festzuhalten, dass es sich bei den durchzuführenden Arbeiten um den Bau von Infrastrukturen handelt. Daher kann im Sinne von Art. 127-quinquies der Tabelle A, 3. Teil des D.P.R. vom 26. 10.1972, Nr. 633 der begünstigte Mehrwertsteuersatz von derzeit 10% zur Anwendung gelangen;

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (15 Anwesende – 15 Ja-Stimmen),

- 6) den Beschluss für sofort vollziehbar zu erklären.

10) Genehmigung der Vereinbarung betreffend die Abtretung des Planungsmehrwertes im Rahmen der Grenzverschiebung zwischen der Gemeinde Vahrn und Brixen im Bereich der Elisabethsiedlung (Beschluss Nr. 55)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Lukas Rossmann und Peter Tauber) bei 15 Anwesenden,

- 1) die beiliegende Vereinbarung betreffend die Abtretung eines allfälligen Planungsmehrwertes im Rahmen der Grenzverschiebung zwischen der Gemeinde Vahrn und Brixen im Bereich der Elisabethsiedlung zu genehmigen;

- 2) den Bürgermeister zur Unterzeichnung der Vereinbarung zu beauftragen und ihn zu ermächtigen, bei der Unterzeichnung der Vereinbarung notwendige Abänderungen, Ergänzungen und Änderungen formeller Art und unwesentlichen Inhalts vorzunehmen und sämtliche in diesem Zusammenhang notwendige Verwaltungsmaßnahmen einzuleiten;

11) Genehmigung der Geschäftsordnung für den Seniorenbeirat (Art. 8, Abs. 2 des Landesgesetzes Nr. 12 vom 06.10.2022) (Beschluss Nr. 56)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben, mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Walter Kerer) bei 15 Anwesenden,

- 1) die beiliegende Geschäftsordnung des Seniorenbeirates, welche aus 5 Artikeln besteht und wesentlichen und integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, zu genehmigen.

12) Bericht des Bürgermeisters und der Gemeindeferenten

Bürgermeister Andreas Schatzer

- Grundregelung mit den Eigentümern bzgl. Riggertalschleife gestaltet sich schwierig hinsichtlich Kommunikation mit der RFI. Einige Eigentümer haben bereits angekündigt, dass sie sich dagegen aussprechen werden. Demnächst wird eine Aussprache mit allen betroffenen Grundeigentümern einberufen. Die Baustelleneinrichtung ist für Herbst geplant. Baubeginn soll im Frühjahr 2024 erfolgen.
- Auch bei Zulaufstrecke hat Baustelleneinrichtung begonnen.
- Der Bau Umfahrung schreitet termingerecht voran. Beim Vorhaben Aufweitung Tunnel gibt es Probleme – sämtliche Infrastrukturen sollten während der Bauarbeiten provisorisch über den Poltenweg verlegt werden. Die baulichen und technischen Vorgaben der RFI sind sehr streng und in der Umsetzung aufwändig und kostenintensiv.

Vizebürgermeister Dietmar Pattis

- Vereinbarung mit Stadtpolizei Brixen läuft heuer aus. Es werden derzeit Verhandlungen mit der Gemeinde Brixen geführt.
- Neue E-Bikes wurden angekauft und an die Bürger verliehen.

13) Allfälliges

Gemeinderat Peter Tauber

- Wie werden Regenwasserauskehren und Weißwasserabflüsse in Vahrn gewartet? Bürgermeister Andreas Schatzer antwortet, dass die ordentliche Instandhaltung der Weißwasserleitungen die Stadtwerke überhaben. Man ist mit der Durchführung dieser Arbeiten nicht gänzlich zufrieden. Für die Instandhaltung der Auskehren ist der jeweilige Wegehalter zuständig. Der Bauhof soll angewiesen werden, die Auskehren nach starken Regenfällen besser auszuräumen. Es soll nochmals klar definiert werden, welche Arbeiten die Stadtwerke und welche die Gemeinde übernimmt. Der Bürgermeister erklärt zudem, dass die Situation beim Carl-Toldt-Weges darauf zurückzuführen ist, dass zugeführtes Erdreich bei den Planierungen beim Gschlössler abgerutscht ist.

Gemeinderat Alexander Tauber

- Beim Georg-Steig sollte die erklärende Beschilderung erneuert werden.

Sitzungsende: 21.00 Uhr.

* * * * *

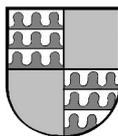
Gelesen, bestätigt und unterfertigt.

DER VORSITZENDE

- Andreas Schatzer -

DIE VIZEGEMEINDESEKRETÄRIN

- Dr. Karin Obergasser -



Protocollo della seduta del Consiglio Comunale

Nell'anno duemilaventitre, l'uno del mese di agosto con inizio alle ore 19.00 (01.08.2023) previo esaurimento delle norme di legge i membri del consiglio comunale sono stati convocati ad una seduta.

Sono presenti:

	assente giust.	assente ingiust.	prende parte in modalità remota		assente giust.	assente ingiust.	prende parte in modalità remota
Andreas SCHATZER				Walter KERER			
Dietmar PATTIS				Alessandro MANZARDO			
Manfred HEIDENBERGER				Felix OBEREGGER	X		
Anna KAINZWALDNER ÖTTL				Verena PALFRADER			
Margareth MAIR ENGL				Lukas ROSSMANN			X
Ivan MASCHI	X			Raphaela ROSSMANN			
Michael BRUGGER				Alexander TAUBER			
Johann FALLER	X			Peter TAUBER			
Florian JÖCHLER				Andreas ZINGERLE			

ed in presenza della Vicesegretaria comunale dott.ssa Karin OBERGASSER.

Riconosciuto il numero legale degli intervenuti, Andreas Schatzer nella sua qualità di sindaco assume la presidenza, saluta i membri del consiglio presenti e dichiara aperta la seduta.

Il Presidente Andreas Schatzer nomina come scrutatori della seduta odierna Verena Palfrader und Andreas Zingerle, ai sensi del regolamento interno del Consiglio comunale.

1) Approvazione del verbale della seduta consiliare del 30 maggio 2023 (Delibera n. 46)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, mediante alzata di mano (11 membri presenti – 11 voti favorevoli, Michael Brugger, Johann Faller, Florian Jöchler, Ivan Maschi, Felix Oberegger, Lukas Rossmann e Alexander Tauber assenti), di approvare il verbale della precedente seduta consiliare del 30 maggio 2023.

Lukas Rossmann si collega tramite accesso remoto.

Florian Jöchler entra nella sala per le sedute.

Michael Brugger entra nella sala per le sedute.

2) Ratifica della delibera d'urgenza della Giunta comunale del 08.06.2023 concernente la variazione al bilancio di previsione 2023 - 2025 (Delibera n. 47)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 12 voti favorevoli e 2 astensioni (Peter Tauber e Lukas Rossmann) con 14 consiglieri presenti,

- 1) di ratificare la variazione del bilancio preventivo 2023 - 2025 deliberata in via d'urgenza dalla Giunta comunale con delibera del 08.06.2023.

3) Ratifica della delibera d'urgenza della Giunta comunale del 13.07.2023 concernente la variazione al bilancio di previsione 2023 - 2025 (Delibera n. 48)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 12 voti favorevoli e 2 astensioni (Peter Tauber e Lukas Rossmann) con 14 consiglieri presenti,

- 1) di ratificare la variazione del bilancio preventivo 2023 - 2025 deliberata in via d'urgenza dalla Giunta comunale con delibera del 13.07.2023.

Alexander Tauber entra nella sala per le sedute.

4) Variazioni del bilancio preventivo 2023 (Delibera n. 49)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 12 voti favorevoli e 3 astensioni (Verena Palfrader, Lukas Rossmann e Peter Tauber) con 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare le singole variazioni di bilancio elencate negli allegati;
- 2) di dare atto che il documento unico di programmazione (DUP) 2023 - 2025 è integrata con la presente variazione di bilancio;
- 3) di dare atto del rispetto dell'articolo 193 comma 1 del Decreto Legislativo 18.08.2000 n. 267, riguardante la salvaguardia degli equilibri di bilancio;

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 12 voti favorevoli e 3 astensioni (Verena Palfrader, Lukas Rossmann e Peter Tauber) con 15 consiglieri presenti,

- 4) di dichiarare immediatamente eseguibile la presente delibera.

5) Salvaguardia degli equilibri di bilancio di cui all'art. 193 del D.Lgs. del 18/08/2000, n. 267 (Delibera n. 50)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 15 voti favorevoli su 15 consiglieri presenti,

- 1) di dare atto del permanere degli equilibri generali di bilancio di cui all'art. 193 del Decreto Legislativo del 18.08.2000, n. 267;
- 2) di dare atto che non emergono fatti e riscontri in ordine a possibili riduzioni dei residui attivi inseriti nel bilancio 2023, così come rideterminati in sede di approvazione del rendiconto 2022, tenuto presente

anche quanto emerso dal riaccertamento dei residui, e quanto previsto in accantonamento dell'avanzo 2022 a titolo di fondo di crediti di dubbia esigibilità;

- 3) di dare atto che non risultano debiti fuori bilancio riferiti sia all'esercizio 2022 e precedenti, sia alla gestione di competenza 2023, da riconoscere e finanziare;
- 4) di dare atto che non emergono squilibri di bilancio sia in termini di equilibrio complessivo che di equilibrio economico come risultante dalla tabella allegata alla presente deliberazione che forma parte integrante della presente deliberazione;
- 5) di dare atto che il presente provvedimento non comporta impegno di spesa.

6) Programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio (PSCTP) – Approvazione della convenzione per la collaborazione intercomunale con i Comuni di Bressanone, Naz-Sciaves e Fortezza (Delibera n. 51)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 15 voti favorevoli su 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare le premesse che formano parte sostanziale e integrale della presente deliberazione;
- 2) di approvare l'allegato A con la bozza di convenzione sulla collaborazione intercomunale nell'elaborazione del programma di sviluppo comunale per il territorio e il paesaggio e di autorizzare il Sindaco a completare e firmare la convenzione;
- 3) di dare atto che la presente deliberazione non implica spesa alcuna;
- 4) di dare atto che avverso questa deliberazione entro il periodo di pubblicazione di 10 giorni può essere presentato reclamo alla Giunta comunale. Entro 60 giorni dall'esecutività di questa delibera può essere presentato ricorso al Tribunale di Giustizia Amministrativa per la Regione Trentino-Alto Adige, Sezione autonoma di Bolzano.

7) Modifica al piano urbanistico del Comune di Varna: Spostamento della Zona produttiva D7 "De Nardo", ampliamento della Zona residenziale B3 - Zona di completamento risp. della Zona mista "Gallonetto" e individuazione di una Zona per attrezzature pubbliche - Impianti sportivi a Varna - Delibera Giunta Comunale n. 169 del 27.04.2023 - Provvedimento definitivo (Delibera n. 52)

Il Consigliere Peter Tauber legge una presa di posizione che allega al protocollo.

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 15 voti favorevoli su 15 consiglieri presenti,

- 1) di rinviare il punto dell'ordine del giorno "Modifica al piano urbanistico del Comune di Varna: Spostamento della Zona produttiva D7 "De Nardo", ampliamento della Zona residenziale B3 - Zona di completamento risp. della Zona mista "Gallonetto" e individuazione di una Zona per attrezzature pubbliche - Impianti sportivi a Varna - Delibera Giunta Comunale n. 169 del 27.04.2023 - Provvedimento definitivo" per i motivi indicati nelle premesse.

8) Modifica al piano urbanistico del Comune di Varna riguardante la Zona per attrezzature collettive - Amministrazione e servizi pubblici "Voitsberg" a Varna - Delibera Giunta Comunale n. 285 del 29.06.2023 - Provvedimento definitivo (Delibera n. 53)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 13 voti favorevoli e 2 astensioni (Verena Palfrader e Peter Tauber) con 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare la modifica al piano urbanistico del Comune di Varna riguardante la Zona per attrezzature collettive - Amministrazione e servizi pubblici "Voitsberg" a Varna in base alla documentazione elaborata da Arch. Mair Wilhelm nella versione rielaborata ai sensi del parere della Commissione comunale per il territorio e il paesaggio, prot. n. 0010974 del 25.05.2023, che forma parte essenziale di questa delibera come segue:

- articolo 44 delle norme di attuazione al piano urbanistico del Comune di Varna viene sostituito come segue per adattarlo alle definizioni riportate nell'allegato A del Decreto del Presidente della Provincia 26 giugno 2020, n. 24 (Regolamento in materia edilizia):

"Art. 44 Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici

1. Questa zona comprende le aree riservate alle costruzioni e agli impianti di interesse generale ivi compresi gli edifici per l'amministrazione e i servizi pubblici, gli edifici religiosi, gli edifici per le attività

culturali e sociali, quelli per i servizi sanitari e di assistenza, nonché opere di urbanizzazione tecnologiche. Tali costruzioni e impianti sono destinati al fabbisogno comunale.

2. Vale il seguente indice:

a) indice massimo di edificabilità territoriale: 2,50 m³/m².

3. In assenza del piano di attuazione valgono inoltre i seguenti indici:

a) indice massimo di copertura: 50 %;

b) altezza media massima degli edifici: 10,0 m;

c) distanza minima dal confine: 5 m;

d) distanza minima tra gli edifici: 10 m;

e) indice di impermeabilità: 75 %.

4. Per la zona situata in località Scaleres „Impianto idroelettrico Scaleres“ presso il “ponte Pranter” (p.ed. 275 C.C. Scaleres) appositamente contrassegnata, valgono le disposizioni dell’art. 16 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13.

- indice massimo di edificabilità territoriale: 3,0 m³/m²

5. La zona per attrezzature pubbliche “Impianto di trattamento d’acqua” a Scaleres, nei pressi del “ponte Pranter” (p.f. 2481/1 C.C. Scaleres) é destinata all’impianto per il trattamento dell’acqua potabile e sulla base di una convenzione con il Comune può essere utilizzata per la produzione dell’energia.

La zona può essere realizzata e gestita con iniziativa privata ai sensi dell’art. 16 della legge urbanistica provinciale dell’11 agosto 1997, n. 13.

6. Nella zona „ex Bagni di Scaleres“ è consentita inoltre la realizzazione di campi per attività ricreative (quali ad esempio campo di palla-canestro, campo di calcetto, campo di pattinaggio).

7. La centrale idroelettrica nei pressi del “quartiere Brugger” sulla p.f. 345/2 del C.C. di Varna, specificamente contrassegnata nel piano di zonizzazione, può essere realizzata e gestita con iniziativa privata ai sensi dell’art. 16 della legge urbanistica provinciale dell’11 agosto 1997, n. 13.

- Volumetria massima consentita: 250 m³

8. Per la zona nell’ambito della canonica di Varna la volumetria esistente può essere aumentata fino ad un massimo di 500 m³ per locali destinati ai giovani.

9. L’impianto di teleriscaldamento a sud della zona sportiva di Varna può essere realizzato e gestito con iniziativa privata ai sensi della legge provinciale urbanistica dell’11 agosto 1997, n. 13:

- altezza media massima degli edifici: 15,0 m

- indice massimo di edificabilità territoriale: 3,5 m³/m²

10. Nella Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici nel centro di Scaleres (casa delle associazioni) nei pressi delle pp.ff. 2383/7, 2383/8, 2383/9 e 3361/1, C.C. Scaleres, l’indice massimo di edificabilità territoriale è: 2,00 m³/m².

11. Per il punto per la raccolta dei rifiuti nei pressi del maso “Felder” a Novacella sono da rispettare le misure di compatibilità secondo la perizia dell’ufficio Sulzenbacher di luglio 2019.

12. Per la Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici a sud della zona sportiva di Varna, destinata all’espansione della centrale di teleriscaldamento con realizzazione di un impianto geotermico e di un centro di riciclaggio, valgono i seguenti indici:

a) indice massimo di edificabilità territoriale: 2,5 m³/m²;

b) indice massimo di copertura: 70 %;

c) altezza media massima degli edifici: 15,0 m;

d) indice di impermeabilità: 80 %.”

ed integrato con il seguente comma:

“13. Nella Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici “Voitsberg” nel centro di Varna l’indice massimo di edificabilità territoriale è: 3,50 m³/m².

Ai sensi dell’articolo 32 comma 1 della Legge provinciale 10 luglio 2018, n. 9 (Territorio e paesaggio) il 20 per cento della volumetria realizzabile può essere destinato ad attività commerciale al dettaglio, attività di servizio di iniziativa privata oppure attività di esercizio pubblico.

Per la Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici “Voitsberg” viene prescritta l’elaborazione di un piano di attuazione.”;

- la prescrizione dell’elaborazione di un piano di attuazione per la Zona per attrezzature pubbliche, Amministrazione e servizi pubblici “Voitsberg” viene evidenziata nel piano di zonizzazione;

2) di confermare la classe acustica II in quanto la destinazione urbanistica non viene cambiata;

3) di constatare che la modifica del piano urbanistico in oggetto non è da assoggettare a valutazione ambientale strategica (VAS) ai sensi della Legge provinciale 13.10.2017, n. 17 (Valutazione ambientale per piani, programmi e progetti) in quanto non definisce il quadro di riferimento per futuri autorizzazioni di progetti da sottoporre a VIA, non vengono toccati oggetti protetti e dall’attuazione della modifica non sono da attendersi impatti significativi sull’ambiente;

- 4) di pubblicare ai sensi dell'articolo 60, comma 5 della Legge provinciale del 10.07.2018, n. 9 (Territorio e paesaggio) la presente delibera, corredata della relativa documentazione tecnica, sulla Rete Civica dell'Alto Adige e di dare atto che la modifica al piano urbanistico entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione;
- 5) di dare atto che dalla presente delibera non derivano oneri a carico del comune, i quali abbisognino di copertura finanziaria.

9) Ampliamento della rete di teleriscaldamento Varna-Novacella - ottimizzazione rete 2023: approvazione del progetto esecutivo in via tecnico-amministrativa CUP B93F23000010007 (Delibera n. 54)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 15 voti favorevoli su 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare in via tecnico-amministrativa il progetto esecutivo per la ampliamento della rete di teleriscaldamento Varna-Novacella – ottimizzazione rete 2023, elaborato dall'ing. Hermann Leitner dallo studio Bergmeister S.r.l. con le seguenti risultanze finali:

lavori scavi	63.048,79 Euro
lavori tubazione	81.921,46 Euro
fornitura stazioni teleriscaldamento	46.473,87 Euro
montaggio stazioni teleriscaldamento	28.700,13 Euro
lavori da elettricista stazioni teleriscaldamento	8.620,23 Euro
misure di sicurezza	3.587,57 Euro
Costo totale dei lavori	232.352,05 Euro
IVA	23.235,21 Euro
<i>somma</i>	<i>255.587,26 Euro</i>
spese tecniche incl. contributi ed IVA	22.677,56 Euro
TOTALE	278.264,81 Euro

- 2) il segretario comunale, Alexander Braun, segna come RUP per il presente progetto;
- 3) di finanziare l'opera con mezzi propri, contributo provinciale e contributi di allacciamento;
- 4) di tener conto che l'impegno della somma definitiva verrà eseguito con l'appalto dei lavori tramite atto separato;
- 5) di tener conto, che con i lavori in oggetto vengono realizzate infrastrutture. Per questo ai sensi dell'art. 127-quinquies della tabella A, parte terza del D.P.R. del 26.10.1972, n. 633 può trovare applicazione l'aliquota IVA ridotta attualmente in vigore del 10%;

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano, con 15 voti favorevoli su 15 consiglieri presenti,

- 6) di dichiarare immediatamente eseguibile la presente delibera.

10) Approvazione della convenzione relativamente alla cessione del plusvalore di pianificazione nell'ambito dello spostamento del confine tra i Comuni di Bressanone e di Varna nei pressi della zona Elisabetta (Delibera n. 55)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 13 voti favorevoli e 2 astensioni (Lukas Rossmann e Peter Tauber) con 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare l'allegata convenzione relativamente alla cessione di un eventuale plusvalore di pianificazione nell'ambito dello spostamento del confine tra i Comuni di Bressanone e di Varna nei pressi della zona Elisabetta;
- 2) di autorizzare il Sindaco a sottoscrivere la convenzione conferendogli mandato di apportare, in sede di stipula della convenzione, le eventuali modifiche, integrazioni e variazioni necessarie di carattere formale e di contenuto non sostanziale e di avviare tutti provvedimenti necessari in contesto;

11) Approvazione del regolamento della Consulta per le persone anziane (art. 8, comma 2 della legge provinciale n. 12 del 06.10.2022) (Delibera n. 56)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 14 voti favorevoli ed 1 astensione (Walter Kerer) con 15 consiglieri presenti,

- 1) di approvare l'allegato regolamento della consulta per le persone anziane, il quale consta di 5 articoli e forma parte essenziale ed integrante della presente deliberazione.

12) Relazione del Sindaco e degli Assessori comunali

Sindaco Andreas Schatzer

- La sistemazione di proprietà con i proprietari riguardante la Variante Val di Riga è difficile per quanto riguarda la comunicazione con la RFI. Alcuni proprietari hanno già annunciato che si opporranno. Presto sarà convocata una discussione con tutti i proprietari interessati. L'allestimento del cantiere è previsto per l'autunno. L'inizio dei lavori è previsto per la primavera del 2024.
- Sono iniziati anche i lavori di costruzione della tratta d'accesso.
- La costruzione della circonvallazione prosegue secondo i tempi previsti. Ci sono problemi con l'allargamento del tunnel – per ora tutte le infrastrutture dovrebbero essere temporaneamente trasferite attraverso il vicolo Polten durante i lavori di costruzione. Le specifiche costruttive e tecniche della RFI sono molto rigorose, complesse e costose da realizzare.

Vicesindaco Dietmar Pattis

- L'accordo con la Polizia Municipale di Bressanone scade quest'anno. Sono in corso trattative con il Comune di Bressanone.
- Sono state acquistate e prestate ai cittadini nuove biciclette elettriche.

13) Varie

Consigliere comunale Peter Tauber

- Come avviene la manutenzione dei canali di deflusso delle acque piovane e delle acque bianche a Varna? Il Sindaco Andreas Schatzer risponde, che la manutenzione ordinaria delle tubature delle acque bianche è gestita dall'ASM. Non si è tanto soddisfatti del lavoro svolto. Il cantiere comunale dovrebbe essere incaricato di pulire meglio i canali di deflusso dopo le forti piogge. Dovrebbe essere nuovamente definito con chiarezza quali lavori devono essere eseguiti dall'ASM e quali dal Comune. Il Sindaco ha anche spiegato, che la situazione sul sentiero Carl-Toldt è dovuta al fatto, che il terreno fornito è scivolato durante i lavori di livellamento presso il „Gschlössler“.

Consigliere comunale Alexander Tauber

- La segnaletica presso il sentiero di S. Giorgio (Georg-Steig) dovrebbe essere rinnovata.

Termine della seduta: ore 21.00.

* * * * *

Letto, confermato e sottoscritto.

IL PRESIDENTE

- Andreas Schatzer -

LA VICESEGRETARIA COMUNALE

- dott.ssa Karin Obergasser -

Wohnbauzonen neben Gewerbegebieten kann nicht gut gehen!

Der Punkt 7 der Gemeinderatssitzung vom 01. August 2023 sieht die Verlegung des Gewerbegebietes D7 "De Nardo" in den südlichen Teil des derzeitigen Kasernenareals vor. Da der restliche Teil des Kasernenareals einer Wohnbauzone gewidmet werden soll, ergibt sich die Situation, dass wieder ein Gewerbegebiet an eine Wohnbauzone angeschlossen wird. Eine Situation, wie mehrere auf unserem Gemeindegebiet, die sich in den Jahren entwickelt haben, welche die Gemeinde andererseits und unseres Wissens immer versucht zu vermeiden. Gewerbegebiet und Wohnbauzone neben- einander kann nicht gut gehen. Wir versuchten als Gemeinde immer die Gewerbe- gebiete aus dem Dorf auszusiedeln.

Betriebe bringen Verkehr, Lärm und andere negative Einflüsse mit sich. Eines der letzten Beispiele hierfür ist die Gewerbezone "Progress". Durch die Ansiedelung der Betriebe LIDL und AUTO BRENNER beklagen sich die Anrainer über Lärm, Abgase und Verkehr. Das geht schon um 2:30 Uhr los, mit den ersten Lieferanten, die die Betriebe beliefern, ab 4:00 Uhr dann für ca. 1 Stunde die Kühlaggregate der Sattelzüge und ab 8:00 Uhr im 10-Minutentakt Autowäsche mit Hochdruckreinigern unter den Fenstern der Bewohner, Gehupe auf dem Parkplatz wie an einer Großstadtkreuzung und Fahrzeuge die bis zu 30 Minuten den Motor laufen lassen. Dazu kommen in den Sommermonaten die riesigen Klimageräte, die sich außen an den Betrieben befinden, die ein Schlafen mit offenen Fenstern unmöglich machen.

Studien belegen, dass Lärm zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen für Nachbarn führen können. Menschen die in der Nähe solcher Lärmquellen leben, leiden oft unter psychischen Stressreaktionen, denn auch Lärm kann krank machen.

Wenn Lärm über einen längeren Zeitraum den Schlaf stört und auch tagsüber die Lebensqualität beeinträchtigt, kann das schlimme Folgen haben.

Deshalb sollten Gewerbegebiete unbedingt aus dem Dorf ausgesiedelt werden, um so auch Probleme zu vermeiden, die diese unweigerlich mit sich bringen, auch im Interesse derselben, da eine zukünftige Erweiterung aus Platzgründen nicht möglich sein würde.

Die Gemeinderäte der GBL

